

Liebe Mitglieder und Freunde - auf vielfachen Wunsch habe ich unser Wahl- und Parteiprogramm etwas übersichtlicher zusammenkopiert und gestaltet. Es kann so leicht studiert und weitergegeben werden.

Hier eine Zusammenstellung des Wahl - und Parteiprogramms der Alternative für Deutschland – AfD -



Verteidigung der Demokratie in Deutschland

Wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten

Wir wollen Deutschland reformieren, die Rechtsstaatlichkeit wiederherstellen und an die Prinzipien anknüpfen, die zu seinem sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg geführt haben.

Wir wenden uns gegen Zentralismus, Gleichmacherei und Uniformität. Starke, eigenständige Bundesländer, Regionen und Kommunen in einem souveränen Deutschland entsprechen dem Ideal freier Völker und vielfältiger kultureller Identitäten. Einheit in Vielfalt statt Selbstaufgabe im Kollektiv ist uns Ursprung und Ziel deutscher Selbstbestimmung.

Nein zu den „Vereinigten Staaten von Europa“

Das bestehende „Lissabon-Europa“ ist zurückzuführen zu einer Organisation von Staaten, die auf der Basis völkerrechtlicher Verträge ihre Interessen und Aufgabenwahrnehmung definieren.

Sollte ein „Europa der Vaterländer“ in der EU nicht möglich sein, muss Deutschland nach dem Vorbild Großbritanniens aus der EU austreten.

Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild

Wir wollen dem Volk das Recht geben, den Abgeordneten auf die Finger zu schauen und vom Parlament beschlossene Gesetze zu ändern oder abzulehnen. Das Volk soll eigene Gesetzesinitiativen einbringen und per Volksabstimmung beschließen können. Volksabstimmungen für Deutschland nach dem Schweizer Modell sind für die AfD nicht verhandelbarer Inhalt von Koalitionsvereinbarungen.

Direktwahl des Bundespräsidenten

Um Kungeleien zwischen den Parteien zu unterbinden und die Bedeutung des Amtes zu erhöhen, wollen wir den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

Parteienfinanzierung dem Verfassungsrecht anpassen

Alle Mittel der Parteienfinanzierung sollen der Kontrolle der Rechnungshöfe unterliegen. Wir wollen die Spendenregelung neu ordnen, um Korruption und Beeinflussung der politischen Willensbildung durch Großspender zu verhindern. Die Beteiligung von Parteien an Unternehmen und Medienunternehmen sowie die Annahmen von Firmenspenden sollen verboten werden.

Freie Listenwahl

Die Bürger sollen mitentscheiden, wer in die Parlamente einzieht. Dafür müssen die Kandidatenlisten der Parteien durch die Wähler verändert werden können.

**Mehr Mitsprache der Bürger gibt es nur mit der AfD!
Volksabstimmungen auf Bundesebene und die Direktwahl des Bundespräsidenten gibt es nur mit der AfD!**

Bürgerabgeordnete mit begrenzten Amtszeiten

Wir fordern eine Mandatszeitbegrenzung für Abgeordnete auf vier und für den Bundeskanzler auf zwei Legislaturperioden.

Lobbyismus eindämmen

Wir wollen die Regelungen über Nebentätigkeiten der Parlamentarier und gegen Abgeordnetenbestechung verschärfen.

Private Rentenvorsorge für Parlamentarier

Bundestagsabgeordnete zahlen keine Rentenbeiträge und erhalten nach wenigen Jahren eine Altersversorgung, die ein Arbeitnehmer mittleren Einkommens nach 45 Beitragsjahren nicht erreichen kann. Die Abgeordneten sollen ihre Altersvorsorge durch eigene, private Sparmodelle finanzieren.

Einführung eines Straftatbestands der Steuerverschwendung

Horrende Baukostenüberschreitungen, unsinnige Beschaffungsmaßnahmen und verschwenderische Prestigeprojekte von Amtsträgern und Behörden bleiben nach gegenwärtigem Recht weitgehend ohne strafrechtliche Folgen für die Verantwortlichen. Die AfD fordert die Einführung eines neuen Straftatbestands der Haushaltsuntreue.

**Nur mit der AfD
kommt Steuergelderverschwendung
vor Gericht!**

Innere Sicherheit

Wirksame Bekämpfung der Ausländerkriminalität

Der erhebliche Anteil von Ausländern bei der Gewalt- und Drogenkriminalität führt viel zu selten zu ausländerrechtlichen Maßnahmen. Insbesondere können sich ausländische Kriminelle sehr häufig auf Abschiebungshindernisse berufen und sind dadurch von Abschiebungen verschont.

Wir fordern:

- Erhebliche Verschärfung der Ausweisungsgründe bei Straffälligkeit
- Verhängung der Ausweisung bereits durch die Strafgerichte
- Ermöglichung der Unterbringung nicht abschiebbarer Krimineller im Ausland

Die Einbürgerung Krimineller ist zu verhindern durch:

- Abschaffung des einklagbaren Anspruchs auf Einbürgerung
- Verschärfung der Ausschlussgründe für Einbürgerung bei Kriminalität

Rücknahme der Einbürgerung in folgenden Fällen:

- Bei erheblicher Kriminalität innerhalb von zehn Jahren nach erfolgter Einbürgerung
- Bei Mitwirkung in Terrororganisationen (z.B. IS)
- Bei Zugehörigkeit zu kriminellen Clans

Die AfD fordert ein strenges Ausländerrecht als wirksamen Hebel gegen Kriminalität!

Organisierte Kriminalität bekämpfen

Die Organisierte Kriminalität muss nachhaltig bekämpft werden. Die aus ihren Straftaten erzielten „Gewinne“ müssen restlos abgeschöpft werden.

Die Mehrzahl der Täter im Bereich der Organisierten Kriminalität sind Ausländer. Sie auszuweisen muss vereinfacht werden. Deshalb soll bei begründetem Verdacht die Zugehörigkeit zu einer derartigen Organisation als Ausweisungsgrund eingeführt werden.

Jugendstrafrecht verschärfen

Die Sicherheitslage verschärft sich vor allem in Ballungsgebieten dramatisch. Eine besondere Rolle spielen hierbei junge Täter, denen derzeit ein zahnloses Recht gegenübersteht. Erzieherische Erfolge lassen sich nur durch sofortige Inhaftierung der Täter schwerer Delikte erreichen. Wegen der immer früher einsetzenden kriminellen Entwicklung muss das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre abgesenkt werden.

Mehr Sicherheit gibt es nur mit der AfD!

Reform der Polizei

Die öffentliche Sicherheit ist trotz großen Einsatzes der Polizeibeamten nicht angemessen gewährleistet: Personalmangel, strukturelle Unzulänglichkeiten, unzureichende Ausrüstung und Bewaffnung treffen auf schlechte Bezahlung und zum Teil miserable soziale Absicherung.

Das Polizeiwesen möchten wir umfassend reformieren.

Die AfD fordert u.a.

- Schaffung einer Bundesbereitschaftspolizei in einer Stärke und Ausrüstung, die allen denkbaren Herausforderungen des Rechtsstaates gewachsen ist
- Neustrukturierung der Bundespolizeien unter einheitlicher Führung
- Neue bundesweit einheitliche Besoldung einschließlich bezahlter Überstunden und Sondereinsätze
- Bundeseinheitliche, modernste und lageangepasste Ausrüstung sowie einheitliche Bearbeitungs- und Fahndungssysteme bei allen Polizeien
- Videoüberwachung an kriminalitätsneuralgischen öffentlichen Plätzen

Keine Verschärfung des Waffenrechts

Betroffen von der Verschärfung eines ohnehin schon restriktiven Waffenrechts sind vor allem legale Waffenbesitzer, Sportschützen, Jäger und Waffensammler. Die

illegalen Waffen, die für terroristische Anschläge benutzt werden, werden davon nicht erfasst. Die Umsetzung der EU-Feuerwaffenrichtlinie lehnen wir deshalb ab.
Der Erwerb des Waffenscheins für gesetzestreue Bürger ist zu erleichtern.

Wir brauchen wieder eine schlagkräftige Polizei!

Soziales und Rente

Unsere soziale Arbeitswelt muss verbessert werden

Wir wollen:

- Den gesetzlichen Mindestlohn beibehalten.
- Prekären Beschäftigungsverhältnissen entgegenwirken, um die Verlässlichkeit bei Einkommen und in der Lebensplanung zu fördern. Deshalb fordern wir eine gesetzliche Obergrenze von 15 Prozent bei den Leih- und Werkverträgen in einem Unternehmen.
- Leiharbeit muss nach sechs Monaten einer Festanstellung gleichgestellt werden.
- Zeitarbeitsverträge dürfen nur einmal verlängert werden.
- Bessere Qualifikation für Langzeitarbeitslose und die Schaffung eines Angebots zur Bürgerarbeit, die ihnen die Möglichkeit bietet, sozialversicherungspflichtig beschäftigt zu sein und somit die Offenlegung bzw. Aufzehrung ihrer Ersparnisse vermeidbar macht.

Mindestlohn und Arbeitslosengeld dürfen nicht in Armut führen!

Sozialpolitik: Familien und Arbeitnehmer stärker entlasten

Das will die AfD:

- Die Euro-Rettungspolitik und die rechtswidrigen Haftungsübernahmen sofort beenden. Derzeit bestehen Haftungsrisiken Deutschlands für andere Euro-Staaten in Höhe von 1,5 Billionen Euro. Unsere Steuermittel benötigen wir dringend, um die soziale Sicherheit unserer Bevölkerung auch in Zukunft gewährleisten zu können.
- Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank beenden, damit sich private Vermögensanlagen als Ergänzung zur gesetzlichen Rente wieder rechnen. Derzeit entstehen den deutschen Sparern durch die EZB-Politik jährliche Zinsverluste von ca. 25 Mrd. Euro.
- Die Abgabenlast für Familien senken, indem die Freibeträge in der Steuer auf das tatsächliche Existenzminimum angehoben werden. Zudem soll die Steuerlast für Familien mit Kindern durch Einführung des Familiensplitting

gesenkt werden. Die steuerliche Benachteiligung von Eltern und Kindern aus Trennungsfamilien ist zu beseitigen. Kinder sind unsere Zukunft.

- Die Leistungen der Eltern beim Großziehen von Kindern sind in der Rentenversicherung besser zu berücksichtigen. Eltern tragen über ihre Rentenversicherungsbeiträge und ihre Kinder als zukünftige Beitragszahler doppelt zur Rente bei. Erziehungszeiten müssen deshalb stärker in die Rentenbemessung einfließen.
- Den Erwerb von Wohneigentum durch Eltern mittels zinsloser Darlehen, Zuschüssen und Erlass der Grunderwerbssteuer stärker fördern.

Die Rentenversicherung muss reformiert werden

Nur mit einer ausreichenden Rente kann Altersarmut wesentlich verhindert werden. Die gesetzliche Rentenversicherung muss deshalb reformiert werden, damit sie wieder leistungsfähiger wird.

Wir fordern deshalb:

- Eine stärkere Mitfinanzierung der gesetzlichen Rente aus Steuermitteln.
 - Die Steuerfreistellung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge in der Ansparphase. Damit würden die Steuern erst in der Auszahlphase, wenn die Einkommen niedriger sind, anfallen, was im Endeffekt eine Steuerentlastung bedeutet.
 - Die volle Rente bereits ab Erreichen von 45 Lebensarbeitsjahren und nicht wie bisher erst bei einer fixen Altersgrenze.
 - Die Beendigung unqualifizierter Zuwanderung. Diese ist eine Belastung für die Sozialsysteme, drückt die Löhne, aus denen die Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden, und trägt selbst wenig oder nichts zur Sicherung der Sozialsysteme bei.
-
- Rentner sollen künftig ohne negative Auswirkung auf ihre Renten einer Erwerbstätigkeit nachgehen können.

**Wer schon viele Jahre gearbeitet hat,
soll früher in Rente gehen können.
Stabile Beiträge der jüngeren
Generation!**

Grundsicherung im Alter

Wer gearbeitet und nicht ausreichende Rentenansprüche erworben hat, muss im Alter mehr Geld zur Verfügung haben als jemand, der nie gearbeitet hat. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass solche Rentenansprüche, die niedriger sind als die Grundsicherung, nicht durch Vollarbeitung verloren gehen. Sie müssen zur Erhöhung der Zahlbeträge führen.

Paritätische Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung

Der Arbeitgeberanteil zur Kranken- und Pflegeversicherung ist wieder auf die gleiche Höhe wie der Arbeitnehmeranteil festzulegen.

Gerechtigkeit beim Arbeitslosengeld

Bislang wird beim Arbeitslosengeld I kaum berücksichtigt, ob und wie lange jemand zuvor beschäftigt war. Meist erhalten ehemals langjährig Beschäftigte nur für die gleiche Zeitdauer Arbeitslosengeld I wie nur kurzzeitig Beschäftigte. Das ist ungerecht.

Wir fordern deshalb:

- Eine in Abhängigkeit zur Vorbeschäftigung längere gestaffelte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I.
- Die Erhöhung des Selbstbehalts beim Arbeitslosengeld II

Paritätische Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung

Der Arbeitgeberanteil zur Kranken- und Pflegeversicherung ist wieder auf die gleiche Höhe wie der Arbeitnehmeranteil festzulegen.

Ehe und Familie

Deutschland braucht mehr Kinder

Die Ehe- und Kinderlosigkeit nimmt dramatisch zu. Früher normale Familien mit drei oder mehr Kindern werden selten. Die Folge: Unsere angestammte Bevölkerung schrumpft um mehr als 250.000 Personen pro Jahr! Mit steigender Tendenz. Die AfD stemmt sich gegen diesen Trend zur Selbstabschaffung unseres Volkes und will Deutschlands Gesellschaft von Grund auf familien- und kinderfreundlicher gestalten.

Deutschland braucht in der derzeitigen demografischen Lage eine Bevölkerungspolitik, die auf eine steigende Geburtenrate abzielt.

Familienpolitik soll deshalb den Maßstab für alle mit ihr verbundenen Politikfelder setzen, insbesondere für die

Sozial-, Steuer- und Bildungspolitik.

Nicht tatenlos zusehen, wie unser

Volk langsam verschwindet!

Familien brauchen keine Almosen, sondern echte Anerkennung für ihre Leistung

Familien, in denen Kinder erzogen werden, leisten einen ebenso wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme wie aktive Beitragszahler. Daher will

die AfD durch einen umfassenden Leistungsausgleich eine Steuer- und Beitragsgerechtigkeit für Familien herstellen. Dazu gehört ein Familiensplitting, das über angemessene Freibeträge pro Familienmitglied zu einer spürbaren Entlastung

von Familien führen soll.

Kinder dürfen nicht länger

ein Armustrisiko sein!

Familiennahe Betreuung würdigen

Kinder unter drei Jahren fühlen sich am wohlsten, wenn sie durch die eigenen Eltern betreut werden. Es muss wieder möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann, so dass die Eltern frei zwischen Berufstätigkeit oder Erwerbspause entscheiden können. Im Anschluss an eine Erwerbspause muss es ihnen ohne große Hürden möglich sein, ihren Beruf wieder aufzunehmen.

Der Staat muss die elterliche Betreuung genauso finanziell

unterstützen wie Kitas und Tagesmütter.

Eltern, die für ihre Familie beruflich zurückstecken, leisten einen wichtigen

Beitrag für die Gesellschaft!

Kinder brauchen Vater und Mutter: Allein erziehen ist kein Idealfall

Die AfD möchte Alleinerziehenden helfen. Sie ist jedoch gegen jede finanzielle Unterstützung von Organisationen, die „Einelternefamilien“ als normalen, fortschrittlichen oder

gar erstrebenswerten Lebensentwurf propagieren.

Starke Väter braucht das Land

Bei vielen getrennt lebenden Paaren leiden die Väter unter den für sie nachteiligen familienrechtlichen Bestimmungen. Sie wünschen sich beispielsweise, mehr Umgang mit ihren Kindern haben zu können.

Wir wollen uns für die Rechte von Vätern einsetzen.

Die AfD macht sich für Väter stark!

Die Gender-Ideologie ist verfassungsfeindlich

Die Anhänger der Gender-Ideologie verleugnen die biologischen Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Sie glauben nicht, dass man als Mädchen oder Junge geboren wird, sondern dazu „gemacht“ werde. Sie wollen die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit stehen sie im Widerspruch zum Grundgesetz, das die (klassisch verstandene) Ehe schützt, weil nur diese das Staatsvolk als Träger der Souveränität hervorbringen kann.

Die AfD will, dass sich die Familienpolitik des Bundes und der Länder am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientiert.

Wir lehnen alle Versuche ab, den Sinn der Wörter „Familie“ und „Ehe“ in Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie

auf diesem Wege den besonderen staatlichen Schutz zu entziehen.

Nur die AfD setzt sich für die

traditionelle Ehe und Familie ein!

Asylpolitik und Zuwanderung

Schlepper stoppen – Hilfe vor Ort leisten

Während die europäische Bevölkerung schrumpft, explodiert die Bevölkerungszahl in Afrika. Bis 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas auf geschätzte 2,4 Milliarden verdoppeln.

Das Bevölkerungswachstum in Afrika und das Wohlstandsgefälle zu Europa ergeben einen Wanderungsdruck ähnlich einer Völkerwanderung: Derzeit gibt es 350 Millionen Wanderungswillige, bis 2050 werden es voraussichtlich 950 Millionen sein.

Die Wanderungsbewegungen nach Europa werden unseren Kontinent destabilisieren. Die humanitären und wirtschaftlichen Probleme der afrikanischen Bevölkerung können auf diese Weise nicht gelöst werden.

Die Grenzen müssen geschlossen werden

Die unregelmäßige massenhafte Zuwanderung überwiegend beruflich Unqualifizierter in unser Land muss beendet werden. Solange die EU nicht willens und in der Lage ist, ihre Außengrenzen wirksam abzusichern, muss Deutschland seine Grenzen selber schützen, wie es inzwischen die allermeisten Staaten der EU tun. Eine Abweisung von Asylbewerbern an der Grenze ist bei Einreise aus sicheren Drittstaaten im Grundgesetz (Art. 16a Abs. 2 S. 1) ausdrücklich vorgesehen. Insbesondere Personen ohne gültige Ausweispapiere, unter denen auch Kriminelle und Terroristen sein können, dürfen nicht länger ungehindert einreisen können.

Die sofortige Einhaltung des geltenden Rechts ist daher eine dringliche Forderung der AfD. Sie ist die einzige Partei in Deutschland, welche die bedingungslose Einhaltung des geltenden Rechts durch die Bundesregierung

einfordert.

Zuwanderung muss nach unseren Regeln erfolgen!

Keine weitere Einwanderung in die Sozialsysteme

Das hohe Niveau der deutschen Sozialleistungen zieht Armutszuwanderer an. Hierbei werden die Freizügigkeit in der EU und das Asylrecht missbraucht. Auch ein hunderttausendfacher Familiennachzug zu anerkannten Asylbewerbern würde unseren Sozialstaat noch weiter überfordern und wird daher von uns abgelehnt. Sozial- und Gesundheitsleistungen für Asylbewerber sind auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Es muss der Grundsatz gelten: „Sachleistungen vor Geldleistungen.“ EU-Bürger dürfen erst dann Sozialleistungen beziehen, wenn sie zuvor vier Jahre in Deutschland Steuern gezahlt und ihren Lebensunterhalt dabei selbst bestritten haben.

Zweifelsfreie Identifizierung von Asylbewerbern ermöglichen

Noch immer sind viele Migranten nicht ordentlich registriert. Nach den bekannt gewordenen massiven strukturellen Mängeln bei der Prüfung von Identität und Asylberechtigung (Stichwort Franco A.) müssen alle bereits positiv entschiedenen Fälle noch einmal aufgerollt werden. Nur so können systematischer Asyl- und Sozialleistungsbetrug wie auch die Nutzung von Mehrfachidentitäten

sicher ausgeschlossen werden.

Wir brauchen über mehrere Jahre eine Minuszuwanderung

Einen Asylantrag soll nur stellen dürfen, wer seine Identität nachweist. Alle abgelehnten Asylbewerber sind umgehend in ihre Herkunftsländer oder in aufnahmebereite Drittstaaten zurückzuführen. Entfällt der Fluchtgrund anerkannter Asylbewerber,

müssen sie in ihre Heimatländer zurückkehren.

Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt, und ausschließlich qualifizierten Zuzug zulassen!

Die dramatischen Folgen falscher Asylpolitik betreffen uns alle

Ob es um die immensen Kosten, die zunehmende Kriminalität oder die Folgen für das Bildungssystem und den Wohnungsmarkt geht, überall führt die unbegrenzte Massenzuwanderung zu schweren Verwerfungen. Seit Herbst 2015 bis heute sind nach amtlichen Angaben über 50 Milliarden Euro für Asylbewerber aufgewendet worden. Die Terrorgefahr ist, wie die Anschläge in 2016 zeigen, massiv gestiegen. Dasselbe gilt für die von Asylbewerbern verübte Kriminalität, die besonders im Bereich der Sexualdelikte weit überproportional ist.

Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft

Die doppelte Staatsbürgerschaft soll auf wohlbegründete

Sonderfälle beschränkt werden.

***Das Gebot der Stunde lautet:
Rückführung statt weitere
Massenzuwanderung!***

Euro Bargeld - Eurozone

Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone ist für Deutschland unbezahlbar

Der Euro ist für die unterschiedlich leistungsfähigen Volkswirtschaften eine Fehlkonstruktion. Nach 18 Jahren Spannungsaufbau wird die Gemeinschaftswährung nur noch über deutsche Haftungsübernahmen aufrechterhalten, derzeit ca. 1,5 Billionen. Die Folge ist eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit im Süden Europas. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt in Spanien und Griechenland über 40 Prozent, in Italien über 35 Prozent und in Frankreich über 25 Prozent.

Die Rettungspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) verletzt geltendes Recht, z.B. das Verbot der Staatsfinanzierung durch die EZB und das Verbot der Haftung für Schulden anderer Mitgliedstaaten (Art. 123 und 125 AEUV). Sie bricht alle gegebenen Zusicherungen zur „niemals zugelassenen Haftung Deutschlands für Fremdschulden“. Die Geschäftsgrundlage des Euro war: Keine Haftung für die Schulden anderer Länder, keine Staatsschulden über 60 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts. Diese

Regeln wurden zerstört.

***Die AfD fordert: Deutschland muss
die Transferunion aufkündigen!***

Keine deutsche Haftung für ausländische Banken

Wir wenden uns gegen jeden Versuch der europäischen Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken aus Bankgeschäften. Die „Bankenunion“ wäre ein weiterer Schritt in die von der AfD abgelehnte Haftungs- und Transferunion. *Die nationale Souveränität über Banken- und Finanzdienstleistungen muss wiederhergestellt werden, weil sie für ein reibungsloses Funktionieren unserer Volkswirtschaft lebenswichtig ist.*

Derzeit hat die Bundesbank über Verrechnungskonten der nationalen Notenbanken („Target 2“) offene Forderungen von über 860 Milliarden Euro gegenüber der EZB, deren Betreuung mangels hinterlegter Sicherheiten ungewiss ist.

Die AfD fordert: keine grenzüberschreitende Haftung deutscher

Banken für andere EU-Banken!

Erhalt des Bargelds

Eine Abschaffung des Bargelds macht die Enteignung von Kontoinhabern möglich.

Wenn es nur noch Zahlungsvorgänge gibt, haben Staat und Banken die totale Kontrolle über jede finanzielle

Handlung der Bürger.

Die Abschaffung des Bargelds ist mit dem freiheitlichen Rechtsstaat nicht vereinbar!

Beendigung der EZB-Enteignungspolitik für Sparer und Rentner

Die EZB zerstört mit ihrer Nullzinspolitik alle kapitalgedeckten Alterssicherungssysteme von Betriebsrenten über staatlich geförderte Rentensysteme, private Lebensversicherungen bis hin zu privaten Sparvermögen.

Seit dem Amtsantritt von EZB-Chef Draghi fehlen rund 500 Milliarden Euro für die Altersvorsorge der Deutschen.

Diese Zinspolitik und der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB verschaffen den südlichen Euro-Ländern Zinserleichterungen von bisher 383 Mrd. Euro (Anm.:

Sinn: Der schwarze Juni, S. 182)

Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden!

Absicherung der Bürger gegen eine Eurokrise

Deutschland muss auch in einem währungspolitischen Krisenfall handlungsfähig sein. Wir wollen für die Wiedereinführung einer neuen nationalen Währung („Deutsche Mark“) Vorkehrungen treffen. Das im Ausland gelagerte Gold der Bundesbank muss vollständig nach Deutschland

überführt werden.

Die Vorsorge für die Wiedereinführung der DM muss durch Goldreserven unterstützt werden!

Islam und Islamisierung

Der Islam steht im Konflikt zur freiheitlichdemokratischen Grundordnung

In der Ausbreitung des Islam sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung. Eine laizistische Demokratie als Staatsform ist dem Islam fremd.

Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert und einen Herrschaftsanspruch erhebt, ist mit der freiheitlichdemokratischen Grundordnung Deutschlands nicht vereinbar.

Keine islamischen Parallelgesellschaften

Die AfD will verhindern, dass sich islamische Parallelgesellschaften ausbreiten, in denen muslimische „Friedensrichter“ Rechtsvorschriften des muslimischen Scharia-Rechts anwenden und das staatliche Monopol der

Strafverfolgung und Rechtsprechung unterlaufen.

Nur die AfD will wirksam islamische Parallelgesellschaften verhindern!

Islamkritik muss erlaubt sein

Islamkritik ist wie die Kritik anderer Religionen im Rahmen der allgemeinen Gesetze rechtmäßig und Bestandteil allgemeiner Meinungsfreiheit. In dieses Grundrecht darf nicht eingegriffen werden.

Kein Bau von Moscheen durch islamische Staaten

Islamische Staaten wollen durch den Bau und Betrieb von

Moscheen den Islam verbreiten. Allein die Türkei betreibt über die Organisation DiTiB 900 Moscheen in Deutschland, deren Imame vom staatlichen „Amt für Religiöse Angelegenheiten“ der Türkei kontrolliert werden. Über DiTiB übt die Türkei Einfluss auf viele in Deutschland lebende Bürger türkischer Herkunft aus. Sie behindert dadurch deren Anpassung an unsere Gesellschaft und gefährdet die Loyalität zu unserem Staat. Die AfD will die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. deren Mittelsmänner unterbinden.

Kein Minarett und keinen Muezzin-Ruf

Die AfD stellt sich gegen den Bau von Minaretten in Deutschland. Minarett und Muezzin-Ruf sind islamische Herrschaftszeichen, nach denen es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Verfassungsfeindlichen Vereinen, die zu einer politischreligiösen Radikalisierung von Muslimen beitragen, ist der

Bau und Betrieb von Moscheen zu untersagen.

Wir wollen verhindern, dass sich Muslime radikalieren!

Predigten in Deutschland sollen auf Deutsch erfolgen

Imame müssen sich zu unserem Grundgesetz bekennen. Die Predigten in Moscheen in Deutschland sollen in deutscher Sprache gehalten werden.

Islamtheologische Lehrstühle an Universitäten abschaffen

Die schon bestehenden Lehrstühle für islamische Theologie sind der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.

Verbot für Vollverschleierung in der Öffentlichkeit

Burka und Niqab errichten eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und erschweren das Zusammenleben. Wir wollen deshalb nach dem Vorbild von Ländern wie Belgien oder Frankreich die Vollverschleierung in der Öffentlichkeit verbieten

Tragen des Kopftuchs ist Hindernis für Integration

Das Kopftuch steht als religiös-politisches Zeichen unter anderem für die Unterordnung der Muslima unter den Mann. Wir wollen das Tragen des Kopftuchs im Öffentlichen Dienst und staatlichen Bildungseinrichtungen untersagen.

Standesamtliche Eheschließung wieder vor religiöser Trauung

Durch Verbot der religiösen Voraustrauung wollen wir der Imam-Ehe entgegenwirken, die oft unter Zwang die Polygamie,

Kinderehe und Verwandtenehe ermöglicht.

***„Scharia-Ehen“ sollen in
Deutschland rechtlich nicht
anerkannt werden!***